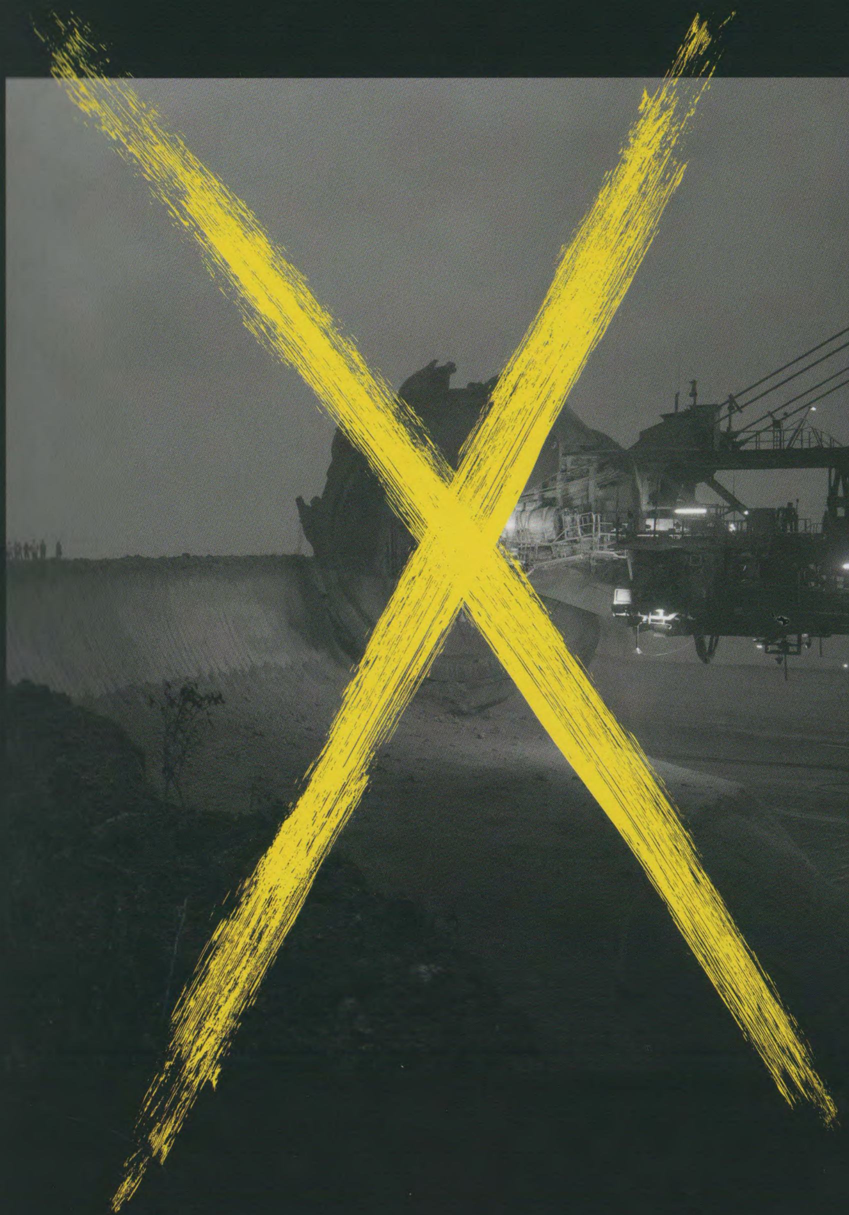
Kampf um Lützerath



Impressum

Kampf um Lützerath

Herausgeber*innen: exil
Münster, März 2023
https://exil.noblogs.org

Fotos (wenn nicht anders angegeben): Tim Wagner | www.ti-wag.de



Nett hier.
LIEBE
FCK NZS
Lützerath
BLE
TOLL KÜHN PRODUCTIONS
ESETZEN
Stadt Erkelenz
UNITE BEHIND THE SCIENCE
BURN WEED NOT COAL
KOHLE?
LET'S GET ONE THING STRAIGHT: I'M NOT!
FAHREN STATT FRONTEX
BLACK LIVES MATTER
SPREAD CHAOS
bleibt!
KAMPF UM DEINE ZUKUNFT!
RECHTE KAMPFKULT ENTWAFFNEN
NI PATRIARCAT, NI CAPITALISME, NI FRONTIÈRES!



Editorial

Waren wir ganz nah dran?

Am 14. Januar 2023 demonstrierten ca. 35.000 Menschen gegen den Abriss des Dorfes Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier und den damit verbundenen weiteren Kohleabbau. Zwar gab es schon lange vorher ganz unterschiedliche Akteure im Widerstand. Aber noch bis wenige Tage vor der angekündigten Räumung und den Abbrucharbeiten durch RWE war nicht ersichtlich, wie viele Menschen sich an der Demonstration beteiligen würden.

Die Bedingungen für die Demonstration waren gut und schlecht zugleich. Das Wetter war erbärmlich, große Flächen um das abgesperrte Dorf waren regengetränkt und erschwerten das Vorwärtskommen. Noch schlechter wirkten sich diese Wetterbedingungen und der tiefe Schlamm aber auf die Einsatzfähigkeit der RWE-willfährigen RoboCops aus: Sie blieben im Schlamm stecken, bekamen auf Grund der Windverhältnisse ihr eigenes Pfefferspray ins Gesicht und gerieten trotz ihres massiven Aufmarsches, ihrer taktischen Planung mit Wällen, Ketten und Zäunen unter Druck.

Dazu kam der erstaunliche Wille der Demonstrierenden, sich nicht an die genehmigte Route zu halten, sondern bis an die Abbruchkante und nahe an Lützerath heranzukommen. Weiter ging es allerdings nicht. Vor dem letzten Zaun stoppten die Menschen. Trotzdem war dieser Tag für die meisten wohl eine empowernde Erfahrung. Viele andere kritisierten aber im Nachhinein, dass die Möglichkeiten, bis ins Dorf oder in die Grube zu kommen, nicht genutzt wurden. „Die Zeit rennt, und wir bleiben stehen", kritisiert ein Aktivist die ungenutzten Möglichkeiten und die letzte Unentschiedenheit der Aktivisti mit dem Wort von AnnenMayKantereit. Auch die Frage, wogegen hier eigentlich vorgegangen wurde, blieb umstritten: Sind die Grünen zu wenig Grün? Oder werden hier politisch ganz andere Ziele verfolgt? Warum setzt sich die Bewegung so wenig mit der Frage von Energiesicherheit und Krieg auseinander? Ist es nicht an der Zeit, über andere Aktionsformen nachzudenken?

Wir von der Gruppe exil, die dieses Heft herausgibt, sind schon lange Zeit in der Klimabewegung aktiv. Bei den Aktionen um Lützerath waren wir dabei, aber nicht in die Strukturen und vorbereitenden Treffen und Aktionen eingebunden. Trotzdem möchten wir mit dieser Broschüre einige Gedanken und Bilder festhalten, kritischen Einwänden Raum geben und zum Nachdenken anregen. Die Beiträge kommen aus den unterschiedlichsten Spektren. Sie sind nicht repräsentativ oder spiegeln unsere Überzeugung wider. Aber sie wollen einen wichtigen Moment in der Klimabewegung festhalten. Wir waren 35.000, wir waren ganz nah dran …




KOHLE STO
ZUKUNFT R





14:27 Uhr: Die Lage spitzt sich immer weiter zu



14:27 Uhr: Die Lage spitzt sich immer weiter zu (aus dem Polizeiprotokoll)

Am 14.01 regnete es und schon die Tage davor hatte es viel geregnet. Die Acker hatten sich in Schlammsuhlen verwandelt. Insofern war es schon beeindruckend, dass sich über 35.000 Menschen auf den Weg machten, um ihre Solidarität mit den Besetzer*innen in Lützerath auszudrücken und gegen den Kohleabbau im Rheinland zu demonstrieren. Beeindruckend war auch, dass viele Menschen nicht einfach auf der Kundgebung blieben, sondern sich einige Tausend in



Richtung Lützerath auf den Weg machten. Und selbst auf der Kundgebung sagte ein Redner: „Tut was ihr für richtig haltet". Das von einer Kundgebung zu hören, zu der zum Großteil bürgerliche Umweltschutzgruppen und NGOs aufriefen, war gelinde gesagt, überraschend.

Ketten durchfliessen, bilden und halten

Nichtsdestotrotz gelang es an diesem Tag der aktivistischen Klimabewegung lediglich, ihr über die letzten Jahre eingespieltes Aktionslevel abzuspulen. Ketten konnten durchflossen und durchbrochen werden und wenn Bullen zum Gegenangriff ansetzten, konnten immer wieder Ketten gebildet und teilwei-



se auch gehalten werden. Der überwiegende Teil lief zwar im Hintergrund mit, blieb aber auf Sicherheitsabstand. Und als man letztlich vor dem Zaun war, blieben alle stehen. Es machte sich Rat- und Initiativlosigkeit breit. Offensive Taktiken und Angriffe waren als ausschlaggebendes taktisches Element quasi abwesend. Trotzdem scheint es so, dass sich durch die Erfahrungen dieses Tages die Entfremdung zwischen der Grünen Partei, dem Staat und dem bürgerlichen Teil der Klimabewegung vertieft hat. Ob sie dauerhaft ist, wird sich noch zeigen müssen. Alles in allem hatten wir den Eindruck, dass viele Leute den Tag als





Keine Rücksicht auf Verluste: Bei wildgewordenen Cops kommt schon mal ein Journalist unter die Räder.

empowernd mitnahmen und er für Selbstbewusstsein gesorgt hat.

Als Linksradikale können wir das durchaus gut nachvollziehen, auch uns hat der Tag subjektiv gut gefallen. Angesichts des militärischen Szenarios und dem ausgegebenen Ziel „Auf nach Lützerath (oder zumindest an den Zaun)" war es allerdings Ausdruck der allgemeinen Schwäche linksradikaler Aktionsfähigkeit.

Militanz: unsere Körper, unsere Herzen

Wir wollen hier auf den taktischen Teil eingehen, weil sich schon zu lange um eine entscheidende Frage, nämlich die der Militanz, gedrückt wird. Wir möchten Militanz hier gerne als ein Verhältnis zu sich selbst, zu unserem Herz und unserem Körper verstanden wissen, dass sich in ein aktives Verhältnis zur herrschenden Gewalt setzt. Wir machen diesen Punkt stark, um ihn abzugrenzen von aktuellen Praxen und Diskussionen, die ähnlich von einer Radikalisierung der Aktionsformen reden, aber oft entweder nur eine Steigerung des Erleidens, oder lediglich den Schaden für die Kapitalseite erhöhen wollen: Der Tunnel von Lützerath oder die friedliche Sabotage sind hier vielleicht zwei Extrembeispiele. Dabei geht es uns nicht darum, diese Aktionsformen als ineffektiv zu verurteilen oder ihnen abzusprechen, dass sie einem einiges abverlangen, sondern um den Punkt, dass es eine Militanz braucht, die nicht abwartend, sondern offensiv und kollektiv ist und die uns in die Lage versetzt, Auseinandersetzungen zu jedem Zeitpunkt an jedem Ort zu führen.

Wir meinen, dass es eine militante „Aufrüstung" braucht. Dass es das Potential dafür gibt, hat der Samstag gezeigt. Und auch die Erfahrungen aus vergangenen Protestgeschichten sind da (z.B. Castor Schottern oder autonome Praktiken der manif sauvage); an diese sollten wir wieder anschließen, wenn es schon ihre Nachlassverwalter nicht tun.

Shoutout an Berlin

Allen die entgegnen werden, dass wir die Staatsmacht nicht besiegen können, egal wie viel wir aufrüsten, halten wir entgegen, dass es in den letzten 15 Jahren in Deutschland eine extreme Pazifizierung linker Bewegungen geben hat, während der Polizeiapparat hochgerüstet wurde. Es geht also darum, lediglich auf Höhe der Zeit eine Form zu finden, die es nicht darauf anlegt, unsere Köpfe den Knüppeln hinzuhalten und uns der Repression auszuliefern, sondern die Räume, die uns objektiv zur Verfügung stehen, maximal auszunutzen und zu erweitern. Denn Samstag wäre mehr möglich gewesen und auch einige Aktionen in der BRD vor, während und nach der Räumung zeigen, das mehr möglich ist, wenn man es denn nur tut (shoutout an die Krawalldemo in Berlin).

Andersherum sollten wir die gängigen Aktionsformen auch daraufhin befragen, welche Elemente Ausdruck oder Ursache dieser Pazifizierung sind. Beispielsweise erleben wir Deliplena als passivierend und letztlich oft genug als Hindernis, das zu tun was in einem Moment einem dem Ziel näher bringt. Durch zeitaufwendige und oft genug pseudodemokratische Verfahren werden rein faktisch Entscheidungen getroffen, Gelegenheiten nicht zu nutzen und Initiative, Spontanietät und Mut abzuwürgen.

... macht doch, was ihr wollt!

Dem Polizeiprotokoll dieses Tages kann man jedenfalls entnehmen, dass die Bullen mit ihrer differenzierten Strategie erfolgreich waren: Sich von Verteidigungslinie zu Verteidigungslinie zurückzuziehen bis zum Zaun, der problemlos gehalten werden konnte. Dort wo es nötig war, prügelten sie gezielt los und schlugen auf Kopf, Gelenke und Beine. Ganz getreu dem Motto, dass sie „durchsetzungsfähig und -stark und damit letztlich gewaltfähig" sein sollen und dürfen, wie es Reul in NRW formulierte. Wie immer schon: Wo es die die herrschende Ordnung erfordert, weicht das Recht. Der Ausnahmezustand ist jederzeit abrufbar.

Dies sind nur ein paar erste Überlegungen. Doch selbst in ihrer Vorläufigkeit halten wir sie für produktiver als die Schönrednerei von Bewegungslinken auf Social-Media, die behaupten, dass die Polizei in der Defensive gewesen sei und viele andere rosarote Plüschwolken in die bubble bliesen.

Wie schon im Hambi, hätten wir auch hier die Gelegenheit nutzen können, um dem Staat entgegenzuschreien: „Ach, macht doch, was ihr wollt! Ihr glaubt euch von den Gesetzen befreit, auf die ihr eure Autorität zu stützen behauptet! Na gut, wir auch, stellt euch vor!"

Bezugsgruppe Lotzer



Lützerath mit dem gelben Kreuz verteidigen



Der Protest von Christ:innen an der Tagebaukante

Wer in den letzten zweieinhalb Jahren nach Lützerath kam, entdeckte an verschiedenen Orten im Dorf und drumherum gelbe Kreuze, die sogenannte „Eibenkapelle" mit anderen christlichen Symbolen und eine Marienstatue in einem Schrein an der Mahnwache Lützerath. Und auch in der Räumungsphase war ein schweres gelbes Holzkreuz im Gerangel mit der Polizei oder in einer geschlossenen Reihe von Aktivist:innen vor Ketten von Robocops zu entdecken. Dies war ein beliebtes Bildmotiv für Journalist:innen, verstörend für manch eine Bezugsgruppe, die neu nach Lützerath kam, es wurde wie selbstverständlich zur Kenntnis genommen von denen, die schon länger die Proteste und sozialen Prozesse in Lützerath miterlebt haben.

Die Stärke des Protestes in Lützerath lag auch an seiner gesellschaftlichen Breite und den sich ergänzenden Aktionsformen und unterschiedlichen sozialen Gruppierungen, die sich in den letzten Jahren und dann zur Räumungsphase organisiert haben. Dabei ist es immer wieder gelungen diese Aktions- und Protestformen nicht gegeneinander zu diskutieren, sondern ihre Stärke gerade darin zu begreifen, dass die unterschiedlichen Ansätze der Akteur:innen sich gegenseitig ergänzen und den Protest stützen konnten. Eine Besonderheit in Lützerath und im Kampf um die anderen Dörfer am Rande der rheinischen Tagebaue war und ist, dass auch Christ:innen sich hier organisiert und ihre ungehorsamen Protestformen entwickelt haben. Sie haben sich dabei selbstverständlich als Teil der Klimabewegung begriffen und auch an deren Aktionsformen in eigener Weise teilgenommen und versucht diese zu unterstützen und zu bestärken.



Dies scheint im bundesdeutschen Kontext ungewohnt für linke und linksradikale Bewegungen zu sein, ist es aus einer internationalistischen Perspektive jedoch nicht: Gerade in Ländern des globalen Südens sind auch religiös motivierte emanzipatorische Bewegungen und Gruppen als Akteure sehr viel sichtbarer, als in Nordeuropa – wo dies in der westdeutschen Friedens- oder Anti-AKW-Bewegung der 1970er und 1980er Jahre ebenfalls weitaus verbreiteter war.

In der Initiative „Die Kirche(n) im Dorf lassen" (KiDl) und deren Umfeld haben sich Christ:innen und Menschen, die sich nicht als religiös bezeichnen, seit 2018 zusammengeschlossen, um zunächst Druck auf die katholische Kirche auszuüben, die Kirche und kirchlichen Gebäude und Grundstücke nicht an RWE zu verkaufen, sondern die Zuspitzung einer Enteignung einzugehen. Diese deutliche Positionierung von KiDl hatte ihre Brisanz angesichts der Spaltung der verbleibenden und der schon umgesiedelten Bevölkerung in den Dörfern. Zwischen denen, die den Kampf gegen RWE und Landesregierung nicht aufgeben wollten und denen, die mit all dem resigniert abgeschlossen haben oder sich für die standortnationalistischen Interessen und Energiesicherheit vereinnahmen ließen.



Die ersten Aktivitäten von KiDl waren dabei die einer klassischen Bürgerinitiative: Es ging um eine Petition, um das Sammeln von Unterschriften unter die Forderung, dass die Kirchen in den Dörfern bleiben sollten, nicht allein wegen ihrer religiösen, sondern auch wegen ihrer sozialen Bedeutung als Orte an und in denen sich Menschen über Jahrhunderte versammelt und gefeiert wie getrauert haben. Es wurde jedoch bald deutlich, dass

die Politik der Appelle an kirchliche Stellen schnell erfolglos an ihr Ende gekommen war.

Als im Sommer 2020 die Verbindungsstraße zwischen Lützerath und Keyenberg von RWE zerstört wurde, wurde das zum Anlass genommen, eine neue Phase der Aktivitäten von KiDI einzuleiten: Weg von Appellen und Forderungen, hin zu konkreten Protestinterventionen. So hat KiDI zusammen mit anderen Akteur:innen versucht die Bau- und später auch Rodungsarbeiten durch Prozessionen und ungehorsame Gottesdienste vor den Maschinen und der Polizei zu behindern. Es wurde deutlich, dass der Erhalt der Dörfer und Kirchen in eine größere Perspektive gestellt werden muss: Den der Zerstörung der Erde und der Herbeiführung der Klimakatastrophe durch das Festhalten an der kapitalistischen Logik von Verwertung und Profit.

Die Mahnwache Lützerath entstand aus den ersten Protesten, an denen sich KiDI beteiligt hatte, und war für über 30 Monate ein wichtiger Anlaufpunkt für Tausende Menschen. Es war auch für KiDI ein wichtiger Ort des Austausches und der Begegnung mit den vielen anderen Akteur:innen, die sich am Protest in und um Lützerath beteiligt haben. Als im Rahmen der Ende Gelände-Aktionstage 2020 die geschlossene Dorfkneipe von Keyenberg durch eine Besetzung wiedereröffnet wurde, feierte KiDI vor der Tür einen Gottesdienst bis das bayerische USK nicht mehr davor zurückschreckte auch ältere Menschen gewaltsam vom Eingang des „Keyenberger Hofes" zu entfernen. Mit der Beteiligung an den Aktionstagen von Ende Gelände wurde das Selbstverständnis von KiDI deutlich Teil der Klimabewegung zu sein und sich an deren Aktivitäten zu beteiligen, dabei aber zugleich an Gottesdiensten als eigenständigen und ernstzunehmenden Protestformen festzuhalten.

Auch als 2021 Abrissarbeiten in Lützerath stattfanden, lud KiDI Aktivist:innen und Menschen aus den umliegenden Dörfern zu Gottesdiensten am Ort des Geschehens ein. So wurden Gelegenheiten geschaffen, unterschiedlichste Menschen zusammenzubringen, mit dem Scheitern umzugehen, nach Hoffnung zu suchen und entschiedenere Positionen einzunehmen gegen den zerstörerischen kapitalistischen Normalzustand. Am Tag des letzten Dorfspaziergangs in Lützerath war es schließlich die Masse an Leuten aber auch das gelbe Kreuz vor ihnen, das nach einer Woche erstmals die Hundertschaft aus dem Tagebauvorfeld zurückdrängte. Hier wiederholte sich die Erfahrung, dass die Polizei mit dem Kreuz nie wirklich umzugehen wusste: Es verursachte oft genug Kopfschütteln oder Schmunzeln bei den Polizist:innen, aber nur in wenigen Ausnahmefällen gab es Bestrebungen, die Gruppe um das Kreuz direkt anzugreifen. Die Bezugnahme auf das Recht auf Religionsfreiheit führte meistens zumindest zu Irritationen seitens der Polizei. So waren die Aktionsorte von KiDI auch während einer Aktion immer wieder Schutzräume vor brutaler Repression. Das hatte neben der religiösen Symbolik sicher auch damit zu tun, dass die meisten Menschen, die sich bei KiDI engagierten älter sind, einen anderen Habitus haben als junge Aktivist:innen und von der Polizei eher als bürgerlich wahrgenommen werden.

Als es schließlich zur Räumung und endgültigen Zerstörung Lützeraths kam, besetzen Christ:innen die „Eibenkapelle" und wurden gewaltsam geräumt. Starteten von außen Prozessionen in Richtung des Zauns und wurden mit der vollen Wucht der Repression konfrontiert und brachten zugleich Menschen in die vorderen Reihen, die sich dies vorher nicht zugetraut hätten.

Ist aber der Schutz hinter einem gelben Kreuz oder sind unangemeldete Prozessionen die Polizeiketten durchfließen nur ein aktionstaktischer Trick?

Die Engagierten von KiDI betonen immer wieder, dass es ihnen darauf ankommt, in Solidarität mit denen in der „ersten Reihe" mit dabei zu sein, Menschen mit höherem Aktionslevel den Rücken frei zu halten und die Repression einzuschränken und somit Teil der Bewegung zu sein. Aber zugleich eben auch in aller Spannung Ausdrucksformen zu finden, die an ihre christliche Tradition anschließen. Es ist diesen christlichen Aktivist:innen abzunehmen, dass es ihnen nicht nur um ihr eigenes Ding und auch nicht um eine (mediale) Selbstinszenierung geht, sondern um die für sie authentischen Formen symbolischer Praxis, die zugleich real eingreift – zum Beispiel durch eine Deeskalation der Repression.

Für die Kämpfe der Klimagerechtigkeitsbewegung, aber auch etwa für antimilitaristische Praxen, stellt sich für die Zukunft die Frage, ob auch anderswo solche entschlossenen Gruppen der letzten versprengten linken Christ:innen etwas zum Bewegungsaufbau und in den Aktionen beitragen könnten.

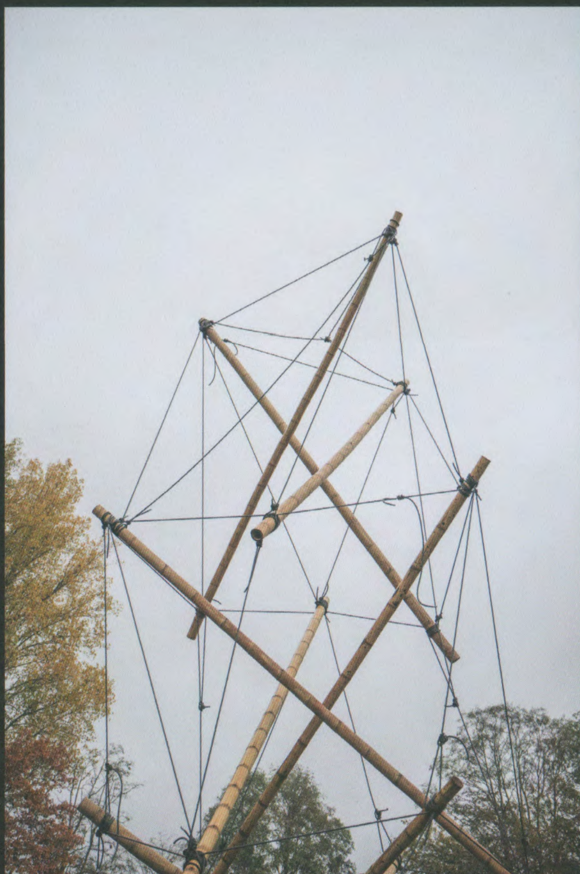









Friede den Hütten
Krieg den Paläst






CAMP
Spenden
5.000
2.500





indymedia: Der Traum ist aus - Erfahrungsbericht von der Räumung

Heute ist Freitag, der 13. und fast ganz Lützerath ist geräumt worden. Ich war dort und habe einiges erlebt. Dieser Bericht ist subjektiv, fehlerhaft und schnell geschrieben, weil es gerade viele Interessierte geben könnte, die nicht dabei waren.

Anfang der Räumung

Die Blockadeaktion der Zufahrtsstraße mit ca. 80 Aktivisten am frühen Morgen war ein voller Erfolg, und diese Blockade konnte mit Barrikaden und Monopods verstärkt werden. Dann kamen noch am Sonntag ungefähr 5000 Bürger zu Besuch. Das hat uns ein Gefühl der Sicherheit gegeben. Die Räumung dieser Zufahrtsstraße hat sich auch extrem herausgezögert und uns das Gefühl gegeben, wir könnten jede Blockade so lang halten. Dann kam die Ernüchterung am nächsten Tag, das erste Mal wurde der große Alarm ausgelöst und während ziemlich ungestört kleine Trupps von BFE-Bullen ins Dorf eindrangen, wurde der Zaun gegen Mittag ziemlich schnell hochgezogen. Die Barrikaden haben gegen Fahrzeuge einen kleinen Sinn, weil sie diese kurz aufhalten. Aber gegen Bullen, die einfach an der Seite vorbei gehen, sind sie sinnlos. Etwas traurig war am Südstern zu sehen, wo zwei Aktivisten, die aus dem Ausland hergereist waren und die Barrikaden mit Steinen verteidigen wollten, plötzlich allein dastanden, weil alle anderen Vermummten längst die Flucht ergriffen hatten, ohne etwas zu werfen. Ein Aktivist warf sich dem ersten Bulle im vollen Lauf vor die Füße, so dass dieser stolperte. Er bezog dafür kurz ein paar Schläge und Tritte, wurde aber dann nicht festgenommen, weil die Bullen zu wenig Einsatzkräfte vor Ort hatten und erst einmal die flüchtende Meute weiter verängstigen wollten. Das verzögerte das Eindringen etwas. Von 100 komplett Vermummten warf vielleicht einer einen Stein, während andere schrien „keine Gewalt!", obwohl es keinen Aktionskonsens gab.

Zum Glück konnten die Eingänge der Häuser noch rechtzeitig geschlossen werden. Auch war es wohl sehr einfach die Straßen vor der Paula (dem Hof mit dem Regenbogentor) und dem Haus der Unbekannten (HDU) zu räumen, weil dort keine Stahlträger im Pflaster betoniert waren, wie fast überall sonst. Die meisten Häuser hatten sich ohnehin auf keine offensive Verteidigung geeinigt.





Paula Bewohner

Sehr verschiedene Menschen: Ein Mensch im Rollstuhl, queere Menschen, ein Minderjähriger. Auch in der Paula wollten viele Menschen einen friedlichen Konsens durchsetzen, scheiterten aber damit. Viele weiße privilegierte Menschen, die aus der Mittelschicht kommen und keine Erfahrung mit Drogensucht, Gefängnis, Psychiatrie und den anderen Schattenseiten der Gesellschaft haben, aber das gilt wohl für die meisten Klimaaktivisten. Aber auch sehr viele junge Menschen.

Paula Räumung

Aus der Paula flogen vereinzelt Flaschen, Steine, Farbflaschen, Kartoffeln und viel Pyrotechnik. Es gab dort einen Riot-Raum, wo Aktivisten ihre Wurffähigkeiten trainieren konnten. Der erste Angriff mit der Hebebühne wurde wegen Wurfgeschossen auch abgebrochen. Später standen dann mehrere Hundertschaften auch auf der Rückseite und begannen sich




NRW
1 BF 22

durch die Mauern und Barrikaden vorzuarbeiten. Tatsächlich aber waren die Aktivisten längst im zweiten Stock und hatten auf der einen Seite das komplette Treppenhaus herausgerissen und auf der anderen Seite alles zugerümpelt und zugeschraubt. Später kamen dann die Bullen mit Leitern in den ersten Stock. Ich konnte nicht genau sehen, wie sie in den Hof eindrangen und was im ersten Stock geschah.

Sie konnten von dort aber nicht in den zweiten Stock. Da kam dann eine große Hebebühne zum Einsatz. Alle Aktivisten mussten über die Hebebühne



herausgebracht werden, weil die Bullen auch nach Stunden nicht das Treppenhausproblem gelöst hatten. Vielleicht wäre eine aktivere Bekämpfung der Hebebühne möglich gewesen. Der Feuerlöscher, den die zwei Bullen mit Schild abbekommen haben, hat bestimmt genervt. Zumal eine Hebebühne immer nur wenige Bullen hochbringen kann.

Leider war auch der sehr hohe Monopod im Hof unbesetzt, weil die Kletteraktivisten am Ende ihrer Kräfte waren mit der dauerhaften Besetzung der Traversen und Beobachtungsposten. Nachdem alle Aktivsten sich auf den Dachboden zurückgezogen hatten oder aufs Dach, dauerte es noch bestimmt 15 Minuten, bis die Bullen das Stockwerk gesichert hatten. Nochmal 15 Minuten, bis sie die Dachluke aufgesägt hatten. Der Piratenradiosender war längst vernichtet.

Die Bullen waren relativ friedlich. Die Aktivisten wurden nicht gefesselt. Interessiert zeigten sich die Bullen an einer „Falle", ein Seifenspender, der dazu benutzt wurde, die Tür automatisch zuzuhalten. Ebenso hielten sie Farbe in einer Flasche für einen Molotowcocktail und fanden noch etwas Feuerwerk. Sie montierten fast alle Metallgegenstände ab, wie Türgriffe. Vermutlich wegen Fingerabdrücken.

Räumung des Bunkers/C4

Das Haus war nur mit drei Aktivisten besetzt und bis kurz vor der Räumung waren sogar die Fenster und Türen nur mit Gardinen und Schließmechanismen gesichert. Dann wurde spontan noch etwas vor jede mögliche Eintrittsöffnung gestellt. Die Bullen kamen dann, nachdem sie mit dem HDU halb fertig waren. Weißhelme genügten, es schien nicht notwendig das BFE zu holen. Sie schoben das unbefestigte Gerümpel von den Türen und wurden dann kurz aufgehalten durch eine Rauchbombe, die aus der Dachbodenluke flog. Das verschaffte allen Aktivisten genug Zeit sich aufs Dach zu flüchten und zu vermummen. Ein Aktivist ging über die Traverse davon. Nebenbei, es waren alle Häuser und Strukturen über Traversen (Seile oder Doppelseile, an denen Mensch klettern kann) erreichbar. Auch die Kommunikation über Walkie-Talkies, alte Aktionshandys und Rufen (Mic-Check) war gut möglich.

Bewertung der offiziellen Berichterstattung

Es wird nicht berichtet über die verletzten Bullen und Aktivisten. Ein Mensch hat sich den Arm ausgekugelt,



als er in die Sicherung gefallen ist. Der Mensch hat sich danach den Bullen ergeben, um ins Krankenhaus zu kommen, aber seinen Klettergurt hinterlassen, obwohl er ihn vermutlich nie wiedersieht.

Festnahmen

Die Bullen haben nämlich alle Klettergurte konfisziert, wer sie wiederhaben möchte, muss seine Identität angeben und sich mit allen Anklagen auseinandersetzten. Diese scheinen recht willkürlich gewesen zu sein: „Tätlicher Angriff, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Beleidigung, Pyrotechnik, Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch". Dann gab es ein Foto. Davor mussten Menschen stundenlang im Regen stehen und frieren. Gefilzt wurde Mensch auch noch, allerdings sehr unterschiedlich stark. Eine Frau berichtet von grabschen. Im Haus selbst durften auch Frauen nur mit einem BFE-Bullen aufs Klo, der geglotzt hat, sehr unangenehm. Danach wurde unsere komplette Gruppe entlassen. Nicht einmal in die GeSa haben sie uns gebracht.



Vergleich mit anderen Häuserkämpfen

Die Gewalt ist sicherlich sehr gering im Vergleich zu den aktiven Hausverteidigungen, beispielweise der Mainzerstraße. Aber das gilt ebenso für das sehr vorsichtige Vorgehen der Bullen. Ich bin sicher, in der Riga94 oder anderen Räumungen sind die Bullen viel brutaler vorgegangen. Das liegt nicht daran, dass sie nicht Bock haben oder nicht brutaler vorgehen können, sondern an der Brisanz der Situation. Es ist ihnen bisher nicht wirklich gelungen, die Bewegung in Extremisten und friedliche Umweltaktivisten zu spalten. Sie haben den Befehl bekommen, möglichst wenig Gewalt anzuwenden. Das führt bei einigen Menschen vielleicht zu dem Eindruck, sie wären eigentlich gar nicht so schlimm. Wenn du einen Bullen einmal mit dem Stein triffst, dann musst du dich nicht fragen, ob er es verdient hat, du musst fragen, wofür. Jeder Bulle ist ein bezahlter Gewalttäter, das ist deren Job.



Der Organisationsgrad dieser Besetzung war ziemlich hoch. Sowohl eigene Ärzte, Juristen, Presse, sogar in eigenen Strukturen, Awarnessmenschen, teure Werkzeuge (Schweißgeräte, Minibagger, Betonschneider), Funken, eigenes Radio, als auch Essen für eine Wochen oder monatelange Belagerung (Tabak wäre als erstes ausgegangen). Auch das UAC (Unser aller Camp) als Auffanglager für die Menschen ist extrem wichtig und sehr gut organisiert gewesen. Die Menschen hatten schließlich teilweise allen Besitz zurücklassen müssen und fanden dort freundliche Aufnahme, einen Schlafplatz, Anziehsachen und Essen.

Ebenso erstaunlich, dass viele Besetzter der militantesten Besetzung mit einem Foto und ohne endgültige Identitätsfeststellung frei gelassen wurden. Einige sind mit Vorstrafen in die Besetzung gegangen und haben damit gerechnet, in U-Haft zu kommen. Das Verwenden eines Aktionsnamens (den Mensch nicht laut brüllen kann sogar teilweise), dass keine persönlichen Handys und Dokumente dabei waren und sich sogar auf Plena sehr viel vermummt wurde, hat es sicher selbst für eventuelle Zivis, Tatbeobachter und andere Verräter schwierig gemacht. Öfters umziehen ist auch immer eine gute Idee.

https://de.indymedia.org/node/252133

Bluthunde mit Bauchschmerzen





Anmerkungen über die Grünen, Lützerath und die ökologische Transformation

Die medialen Selbstinszenierungen von grünen Politiker*innen rund um Lützerath sind nicht leicht zu verdauen. Am liebsten würden sie sich für alles loben lassen: für die pragmatische Weitsicht, mit der sie RWE den „erfolgreichen" RWE-Deal abgeluchst haben; für die Leidensfähigkeit, mit der sie ihre dabei einsetzenden Bauchschmerzen ertragen; für die Toleranz mit der sie sich von der undankbaren Klimabewegung dafür kritisieren lassen und ein bisschen versteckt auch für die Professionalität, mit der der grüne Polizeipräsident Dirk Weinspach die Protestierenden hat niederknüppeln lassen. Es lohnt sich, das einsetzende Ekelgefühl kurz beiseite zu stellen, um diese Inszenierung mit ihrer praktischen Politik und dem dahinterstehenden strategischen Projekt in Verbindung zu setzen.

Von Norwegen bis Namibia

Eine Woche vor der Räumung weilte Robert Habeck bei einem Staatsbesuch in Norwegen und vereinbarte dort Kooperationen für den Aufbau von Infrastruktur zum Transport von Wasserstoff mittels einer neuen Pipeline. Am 06.01.23 wohnte er mit dem norwegischen Ministerpräsidenten Jonas Gahr Støre der Verabschiedung einer milliardenschweren strategischen Energiepartnerschaft zwischen RWE und dem norwegischen Energiekonzern Equinor bei. Beide Unternehmen wollen beim Bau von Kraftwerken in Deutschland und Produktionsanlagen für Wasserstoff in Norwegen kooperieren. Equinor soll zunächst blauen, später grünen Wasserstoff liefern.

Einen Monat zuvor war Habeck in gleicher Mission in Namibia. Auch hier folgte die Verkündigung einer Partnerschaft unter Beteiligung des deutschen Energieunternehmens Enertrag. Aus Wind- und Sonnenenergie gewonnener Wasserstoff soll in Ammoniak umgewandelt und nach Deutschland verschifft werden. Abnehmer wird RWE sein, das in Brunsbüttel gerade ein Terminal für grünen Ammoniak baut.

Auch bei den Abkommen zur Lieferung von Flüssiggas aus den USA, Saudi-Arabien, Katar und den



Vereinigten Arabischen Emiraten gingen Staatsbesuche und Unternehmenskooperationen unter Beteiligung von RWE Hand in Hand. Beim Konflikt um Lützerath inszenieren sich die Grünen als vermeintlicher Gegenspieler von RWE. In Wahrheit spielt der Konzern eine zentrale Rolle im Umbau der Energiestrategie der Grünen. Kurzfristig bei Flüssiggas, mittelfristig bei blauem Wasserstoff, aber auch langfristig bei grünem Wasserstoff und erneuerbaren Energien. RWE weiß, dass mit Kohleverstromung nicht mehr ewig Gewinne zu machen sind und versucht sich für die Zukunft neu aufzustellen. Den eigenen Verlautbarungen zufolge will man ab 2040 klimaneutral sein. Damit aus dem Greenwashing eines der dreckigsten Unternehmen Europas eine profitable Unternehmensstrategie wird und die Kooperationen mit grün geführten Ministerien weiter gedeihen, wechselt Titus Rebhann vom Büro der Außenministerin Annalena Baerbock als Cheflobbyist in die Berliner Konzernrepräsentanz von RWE.

Wachstum über alles

Dies alles ist nur ein Teil einer größeren politischen Strategie der Grünen. Sie wollen den grünen Umbau der Wirtschaft explizit zusammen mit den großen deutschen Unternehmen angehen. Dabei sehen sich die Grünen nicht nur in der Rolle, enorme staatliche Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung anzuschieben. Klimaschutzverträge sollen perspektivisch Unternehmen die Differenzkosten zwischen neuen grünen Technologien und am Markt erzielbaren Erlösen finanzieren. Staatlich aufgelegte Anleihen sollen die Green Bonds von Banken und Hedgefonds ergänzen, mit dem Ziel, günstige Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen in grüne Umrüstung aufzustellen. Es geht den Grünen nicht im Ansatz um eine Infragestellung der kapitalistischen Verwertungslogik mit ihrem immanenten Wachstumszwang, die eine Voraussetzung für die Bekämpfung von Erderwärmung und Umweltzerstörung wäre. Im Gegenteil. „Kein Degrowth, aber jede Menge Transformation", wie es Robert Habeck kürzlich formulierte. Ein Bekenntnis zum deutschen Standortnationalismus, der politisch-ökonomisch wie ökologisch für den Rest der Welt verheerend ist, formulierte auch die grüne NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur: „Wer den Industriestandort Nordrhein-Westfalen stärken will, muss den Mut haben, ihn umzubauen." Für dieses strategische Projekt braucht es verlässliche Partner auf allen Seiten, vor allem in der Wirtschaft, aber auch bei den anderen bürgerlichen Koalitionsparteien. Lützerath in einem verbindlichen Deal mit RWE zu opfern, ist Teil dieser Strategie. Die Einhaltung des Deals ist die Garantie für ihre Partner, dass die Grünen es ernst meinen und nicht bei erster Gelegenheit vor dem Druck der Klimabewegung oder Parteibasis einknicken.



Wenn es darum geht, zugunsten eines neuen strategischen Projekts mit den früheren Überzeugungen und der eigenen Basis zu brechen, haben die heutigen Grünen historische Vorbilder. In den 1990er Jahren tat sich die CDU schwer mit der neoliberalen Umstrukturierung, die das Kapital vehement einforderte. Der entscheidende Schritt mit dem Arbeitsmarktumbau der Agenda 2010 und den Hartz-Reformen kam erst nach dem rotgrünen Wahlsieg 1998. Er erfolgte gegen harte Widerstände der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Basis. Parallel militarisierte sich auch die deutsche Außenpolitik mit dem Jugoslawienkrieg, auch hier regierten die Grünen kompromisslos durch – trotz großer Verwerfungen mit der Friedensbewegung, die einst eng mit der Partei verbandelt war. In beiden Fällen erwiesen sich moralische Appelle, Verratsvorwürfe und politischer Druck auf der Straße als wirkungslos, weil es eben nicht um

ein Einknicken oder ein beliebiges taktisches Manöver ging, sondern um einen bewussten und lang geplanten strategischen Schritt.

Die Grünen - die wahre Klimabewegung?



Dennoch gibt es vielleicht eine nicht unwichtige Besonderheit, die sich in der politischen Subjektivität der Grünen finden lässt. Sie sehen sich selbst tatsächlich als Teil der Klimabewegung. Fernab einer bloßen rhetorischen Legitimationsstrategie für ihre Wähler*innenschaft glauben sie fest daran und ziehen daraus ihre moralische Überlegenheit, die ein Kernstück grüner Ideologie ausmacht. Dabei gehen sie von einer Aufgabenteilung aus, die dem protestorientieren Teil der Klimabewegung die Rolle zuweist, durch Mobilisierung Druck aufzubauen, den sie selbst als Regierungspartei in Verhandlungen einsetzen können. Wohlgemerkt definiert das von den Grünen beschlossene Ergebnis dieser Verhandlungen dann einen endgültigen Kompromiss, den auch die protestorientierte Klimabewegung nicht mehr verändern kann, da er gewissermaßen nicht mehr in ihre Zuständigkeit des politischen Diskurses fällt, sondern in den Bereich der politischen Institutionen und des verfassten Rechts. Obwohl die Grünen in diesem Raum natürlich mit Gesetzgebungen (auch im Konflikt um Lützerath) gestaltend agieren, mystifizieren sie in ihren Rechtfertigungsstrategien den Rechtsstaat, der ihnen angeblich die Hände binden würde. Gönnerhaft gestatten sie der Klimabewegung zwar eine politische Kritik, aber eben nur auf diskursiver Ebene. Während sie sich selbst inszenieren als der Verfassung treu Dienende, bleibt für diejenigen, die ihre klimapolitisch katastrophalen Deals nicht nur ablehnen, sondern auch faktisch verhindern und Lützerath schützen wollen, nur die Rolle der (gewalttätigen) Verfassungsfeinde. Gerade weil sie sich immer noch als ein Teil der Klimabewegung sehen, sind die Grünen umso stärker bereit, gegen diejenigen vorzugehen, die die von ihnen vorgesehene Form der Aufgabenteilung aufkündigen.

Habeck-Noske: Wir ... gestalten den Übergang

Um zu verstehen, wohin dieser Widerspruch letztlich führen kann, ist es hilfreich, ein letztes Mal in der Geschichte zurückzugehen. Wir nehmen die Perspektive von Robert Habeck auf die Revolutionszeit um 1918 ein, der 2008 zusammen mit seiner Frau Andrea Paluch ein Theaterstück über die Anfänge der Novemberrevolution in Kiel verfasste. Habeck lässt als Gegenstück zum Charakter des entschlossenen Revolutionärs Fritz den sozialdemokratischen Pragmatiker Gustav Noske auftreten, der später den Spartakusaufstand blutig niederschießen ließ, die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxem-



burg guthieß und sich für die Straffreiheit der mordenden Freikorps einsetzte. Einer müsse ja den Bluthund machen, sagte der historische Noske seinerzeit.

Obwohl Habeck über Noskes Rolle genaustens Bescheid wusste, identifizierte er sich mit ihm: „Interessanterweise ist beim Schreiben immer mehr Gustav Noske die interessantere Figur geworden. Jemand, der versucht, den ewigen Zustand der Revolte in etwas zu übersetzen, was gesellschaftlich funktioniert", so Habeck in seinen eigenen Worten. So verwundert es nicht, dass Noske in dem historischen Stück klingt wie ein moderner grüner Politiker:

„Die Gegenwart fordert all unsere Aufmerksamkeit. Etwas Altes geht zu Ende. Aber das Neue hat noch nicht begonnen. Wir befinden uns mitten in einer Zeit des Übergangs. Aber wir (...) gestalten den Übergang. Wir haben die Pflicht, ihn zu gestalten."

Grüne Transformation

Sicher, der Konflikt um Lützerath ist nicht der Erste Weltkrieg und die Klimabewegung nicht die revolutionäre Arbeiterbewegung. Aber mit dem Fortschreiten der Klimakatastrophe werden sich auch die politischen Konflikte darum zuspitzen. Die auf kapitalistischem Wachstum und neokolonialer Ausbeutung beruhende grüne Transformation wird diese Katastrophe anheizen und sich von globaler Klimagerechtigkeit weiter entfernen. Deswegen braucht es eine radikale Klimabewegung, die sich selbst in Gegnerschaft verortet zu der grünen Transformation und der grünen Partei – und die versteht, dass sie von den Grünen dafür zum Feind gemacht wird. Vielleicht werden wir uns dann an die Worte von Erik Zielke erinnern, der Habecks Theaterstück über Noske in der Tageszeitung nd analysierte:

„Interessant ist auch in dieser Hinsicht, wie Habeck die Figur Noske handeln und sprechen lässt. Sie weiß um die Anziehungskraft der Revolution, um die jugendliche Energie, aber auch, dass ihr eigener Platz in den Institutionen ist, wo man sich eventuell noch ideell verbunden fühlt, aber jeglicher Radikalität abschwören sollte. Das politische Geschick von Habeck-Noske besteht letztlich darin, sich immer noch als Teil der Bewegung zu inszenieren, der man durch politischen Reformismus den Tod zu bringen bereit ist."











15

Krieg und Kohle





Was Lützerath mit dem Krieg zu tun hat

Weshalb die Kohle in Lützerath nicht in der Erde bleibend darf erklären die die Grünen so: „Nach dem völkerrechtswidrigen Angriff Putins auf die Ukraine haben wir Deutschland in kürzester Zeit unabhängig von russischem Gas gemacht. Im Gegenzug wird für die Versorgungssicherheit der Menschen in diesem Land mehr Kohle benötigt – übergangsweise. Deshalb musste die Laufzeit der beiden Blöcke ,Neurath D und E' im Rheinischen Revier um zwei Jahre verlängert werden.

Die NRW-Landesregierung hat vor diesem Hintergrund und unter Annahme realistischer Zukunftsszenarien mehrere unabhängige Sachverständige prüfen lassen, ob die Verstromung der Kohle unter Lützerath wirklich nötig ist. Diese Gutachten kamen zu dem Ergebnis, dass ein Bedarf anzunehmen sei, der Lützerath mit einschließt"

An erster Stelle steht also die „Versorgungssicherheit". Die Energieversorgung betrifft den Kern des Wirtschaftsstandorts. Ohne Energie gibt es keine Produktion, ohne Energie bricht alle Wirtschaft zusammen, sie ist das Lebenselixier der kapitalistischen Produktion, auf die sich der Staat stützt. Die Energieversorgung soll das Geschäft der gesamten Wirtschaft am Standort Deutschland fördern, also sicher und billig sein, in diesem Sinn also ein übergeordnetes Interesse bedienen, als auch gut für private Geschäft von Unternehmen wie RWE sein. Wegen der überragenden Rolle der Energieerzeugung überlässt der Staat auf diesem Gebiet des Wirtschaftens deshalb nichts dem Zufall. Er legt gesetzlich die Zwecke fest, die Energieversorgungsunternehmen verfolgen müssen, § 2 EnWG, unterstellt die Geschäftstätigkeit dieser Unternehmen einer besonderen Aufsicht, grenzte Versorgungsgebiete ab, gewährt ihnen Steuererleichterungen, übernimmt ihre Risiken, wie die Entsorgung des atomaren Abfalls bei der Atomindustrie. Wenn es gar nicht anders geht beteiligt er sich selbst, etwa durch die Verstaatlichung der Unternehmen, wie jüngst geschehen. Und wenn man Krieg in der Ukraine führen lässt, dann muss eben auch Braunkohle gebaggert werden, wenn man sich von ausländischen Lieferanten unabhängig machen will – heute von russischem Gas.

Die Braukohle verdankt nicht nur die Fortsetzung ihres Abbaus in Lützerath einem Krieg, auch der Aufstieg der Braunkohle bei der Stromproduktion verdankt sich einem Krieg. 1973 reduzierten die in der OPEC zusammengeschlossenen Öl exportierenden Länder, vor allem arabische Staaten, ihre Fördermenge um 5 %. Explizites Ziel der arabischen Öl-Förderstaaten: die westlichen Länder, die Israel während des „Jom-Kippur-Kriegs" unterstützt hatten, sollten unter Druck gesetzt werden. In Folge der Reduzierung der Liefermenge kamen plötzlich nicht mehr vollständig beladenen Öltanker in Europa an, die Öl- und Energiepreise stiegen deutlich. Sonntagsfahrverbote zur Begrenzung des Ölverbrauchs waren die Folge und eine wirtschaftliche Rezession.

Einen solchen Angriff auf die außenpolitische Entscheidungsfreiheit wollte sich Deutschland damals



nicht gefallen lassen und erhöhte massiv die Stromerzeugung durch die Braunkohle - und so begannen die Planungen der Abbaugebiete Garzweiler I und II. Denn Braunkohle stand als Energieträger im eigenen Land zur Verfügung, man war also unabhängig von fremden Lieferanten. Und die Braunkohle konnte - anders als die Steinkohle - im Tagebau verhältnismäßig günstig gefördert werden. Kosten für Mensch und Umwelt blieben außen vor.

Krieg und Kohle gehören also zusammen, aber was ist mit den „Erneuerbaren Energien"?

Was die Energieversorgung aus Kohle, Gas Wind und Sonne mit dem Krieg zu tun hat, kann man in den Bundestagsprotokollen nachlesen. Vor einem Jahr am 27.02.2022 in der Sondersitzung des Bundestages zum Krieg in der Ukraine rief der Bundeskanzler die Zeitenwende aus. Er kündigt ein Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Mrd Euro an, jährliche Rüstungsausgaben von 2 % des Bruttosozialprodukts und die Aufnahme von Waffenlieferungen an die Ukraine. Kaum zufällig in derselben Sitzung spricht Finanzminister Lindner die Energieversorgung an: „Wir werden Reserven bei Gas und Kohle aufbauen, um unsere Durchhaltefähigkeit auszubauen", den erneuerbaren Energien verleiht er den Titel von „Freiheitsenergien" und erläutert den Zusammenhang von staatlicher Energiepolitik und staatlicher Kriegspolitik so: „Die Bedeutung der Energiesicherheit erfährt eine neue Priorität. Unsere Planungen der nächsten Jahre werden wir an die veränderte Lage anpassen müssen. Dabei werden wir nicht auf die Antworten der Vergangenheit setzen, sondern im Gegenteil den Weg in die Zukunft entschlossener fortsetzen. Erneuerbare Energien leisten nämlich nicht nur einen Beitrag zur Energiesicherheit und -versorgung. Erneuerbare Energien lösen uns von Abhängigkeiten. Erneuerbare Energien sind deshalb Freiheitsenergien. Wir setzen auf Freiheitsenergien."

Ganz neu ist dieses Verständnis von erneuerbaren Energien nicht. „Der Umstieg auf erneuerbare Energien verringert geopolitische Abhängigkeiten," wusste schon der frühere Außenminister Heiko Maas und erläuterte:

„Die Investitionen in erneuerbare Energien haben in den letzten Jahren die in fossile Energieträger wie Öl und Gas überholt. Dadurch verlieren die erdöl- und erdgasexportierenden Staaten ein wichtiges politisches Machtinstrument, das sie bisher als Hebel zur Durchsetzung ihrer Interessen in ihren Händen hielten. Staaten können ihre eigene Energiesicherheit erhöhen, indem sie auf Erneuerbare Energien umsteigen und auf fossile Energieträger verzichten. Sie verringern dadurch ihre geopolitische Abhängigkeit von Staaten, die Erdöl und Erdgas exportieren.

Die Machtbalance in der Außenpolitik beginnt sich zu verändern - Energiewendeländer können ihre strategischen und außenpolitischen Ziele unabhängiger verfolgen".

Wer Krieg führen will, darf nicht von den Energielieferungen abhängig sein, erst recht nicht von denen

des Gegners. „Freiheitsenergien" sichern also nicht nur die Unabhängigkeit von Feind (Russland) und Freund (USA), sie sichern auch die Freiheit, die eigenen Ordnungsansprüche in Europa und anderswo durchzusetzen. Das ist fürwahr ein durchschlagenderes Argument für den Ausbau „grüner Energien", als alles, was unzählige WissenschaftlerInnen auf ebenso unzähligen Kongressen an Warnungen vor dem Klimawandel vorgetragen haben.

Was heute die erneuerbaren Energien und der Braunkohleabbau in Lützerath sind, deren Aus- und Abbau die „Freiheit" zum Kriegführen in der Ukraine sichert, das war 1973 die Braunkohle, die die Freiheit des Westens seine Interessen im „Nahen Osten" durchzusetzen sicherte.

Das Abbaggern des Klimakillers Braunkohle in Lützerath und der Ausbau klimafreundlicher der erneuerbaren Energien haben also bei allen Unterschieden auch eine Gemeinsamkeit: als

„Freiheitsenergien" sichern sie die Energieversorgung auf eine Art und Weise, die die Souveränität des Staates nicht in Frage stellt. Weder von arabischen Scheichs, noch von russischen Potentaten will man anhängig sein, aber auch nicht von einer Konkurrenz Chinas, das mit seinem „Energiehunger" die Preise nach oben treiben könnte und last but not least, möchte man sich die Bedingungen des Energiemarktes auch nicht von den USA vorschreiben lassen.

Politik sorgt sich um Industrie und Kohle, nicht ums Klima

Man kann sich Energiepolitik also nicht damit erklären, dass sich korrupte Politiker den Geschäftsinteressen der Braunkohleindustrie gebeugt hätten, als es darum ging Garzweiler zu planen. Vielmehr bedient sich die Politik des Geschäftsinteresses von Unternehmen wie RWE um die Energieversorgung des Standorts zu sichern.

Weil es bei der Energieversorgung in erster Linie um den Standort und erst dann ums Klima geht, die Energie also sicher und billig sein muss, sind auch dem Umstieg auf erneuerbare Energien Grenzen gesetzt. Denn teure Energie gefährdet die Konkurrenzfähigkeit des Standorts. Solange Braunkohle im Tagebau noch deutlich billiger ist als erneuerbare Energien wird weiter gebaggert. Wird sie teurer, ist vorher Schluss.

Und wie es sich für einen Wirtschaftsstandort wie Deutschland gehört, soll aus den erneuerbaren Energien auch noch ein ganz großes (Export-)Geschäft gemacht werden und eine Wasserstoffwirtschaft aufgebaut werden, die lästige Abhängigkeiten von (befreundeten) LNG Lieferanten überwindet. Denn ein Staat, der gerade dabei ist, sich die größte Armee Europas aufzubauen, will handlungsfähig sein.







© Gordon Welters/www.kna.de

Der Mönch

Interview: Man muss daran glauben, dass es möglich ist zu gewinnen

Die Videos mit dem Mönch von Lützerath gingen um die Welt. Warum hast du die Rolle dieses Phantoms gewählt?

Bereits im Jahr 2018 war der erste Auftritt des Mönchs während der Räumungen der ZAD* (zone à defendre) in Frankreich. Damals gab es jedoch kein spektakuläres Video wie das aus dem Schlamm, in dem ich einen Polizisten schubse. Mehr als vier Jahre später kann ich nicht erklären, warum ich diese Motivation erneut hatte. Die Inspiration hat mich einfach ereilt.

Ich kann allerdings sagen, dass ich sehr empfänglich für die Zeit des Bauernkrieges und die Geschichte von Thomas Müntzer bin. Luther ist für mich problematisch, weil er die Fürsten zur Gewalt gegen die Bauern aufgerufen hat. Er forderte dazu auf „ihnen die Kehle durchzuschneiden". Während die ersten Bauernversammlungen an denen Thomas Müntzer teilnahm, völlig friedlich waren, wurden Tausende von ihnen von den Rittern der Fürsten getötet; mit Luthers Segen.

War es ein Ziel für dich, mit dem, was du tust, ein mediales Ereignis zu schaffen? Was bedeutet es, wenn die mediale Vermittlung so entscheidend für das Protestgeschehen wird? Welche Chancen, aber auch Probleme und Risiken siehst du darin?

Ich hatte nicht damit gerechnet einen Medienrummel zu erzeugen. Es stimmt, dass das Tragen eines Anzugs Aufmerksamkeit erregen kann, aber im Vergleich zu Frankreich haben hier nur wenige Leute darauf geachtet oder waren überrascht, ein Mönchsgewand zu sehen. Ich denke, das liegt daran, dass der Umgang mit Religion in Deutschland immer noch gesellschaftlich stattfindet. Erst durch das Ereignis mit dem Schlamm erschien die Kutte ungewöhnlich. Als ich in Frankreich auf der ZAD Notre-Dame-des-Landes einen Schlagstock wiedererlangen konnte, den ein Polizist fallen gelassen hatte, als er mich schlagen wollte, gab es schon vorher neugierige Bemerkungen und Blicke.

Wenn das Medieninteresse sehr groß ist, werden Themen sichtbar, von denen man in der Gesellschaft wenig hört. Ich bin froh, dass die Schlacht von Lützerath mit dem Schlammvideo sogar international Beachtung finden konnte, denn die Probleme, die mit der globalen Erwärmung verbunden sind, kennen keine Grenzen. Es ist wichtig die Bilder zu zeigen, auf denen die Polizei die Mächtigen wie RWE, schützt, denn das ist die Realität. Es muss noch echte revolutionäre Aufklärungsarbeit in den Köpfen geleistet werden. Sie sind die Hüter der bestehenden Ordnung. In der Schule wird uns beigebracht, dass die Polizei da ist, um uns zu beschützen, nicht aber dass sie dafür da ist, RWE, sowie die Zerstörung von Land und Dörfern für Kohle zu unterstützen.

Ich möchte diesen Medienrummel auch nutzen, um Botschaften und Ideen zu verbreiten. In Gesprächen mit anderen Leuten während der Demonstration in Lützerath entstand die Idee einer Strategie für Massenproteste, um Positionen zu gewinnen und die Polizei zu überholen; aber sie wird noch verfeinert. Ich werde noch ein Video dazu machen auf Twitter @monchlutzi.

Ich denke, wenn jede_r wüsste, wer ich bin, wäre es nicht interessant und es bestünde die Gefahr einer heroischen Personifizierung um mich herum. Als ich in eine Bar in der Stadt ging, hörte ich, wie Leute über den Mönch von Lützerath sprachen, ohne zu wissen, dass ich es war, der direkt neben ihnen stand. Ich finde das sehr wertvoll. Umso mehr, als von nun an jede_r bei Demonstrationen ein Mönchsgewand anziehen kann.



Die Tücken eines Medienrummels sind aber eben auch da. Es gibt einen Mangel an Kontextualisierung. Zum Beispiel sagten viele englischsprachige Kommentare, dass die deutsche Polizei im Vergleich zu anderen Ländern überhaupt nicht gewalttätig sei, dass es unverständlich sei, dass sie nicht reagierten,

---

* In Notre-Dame-des-Landes. Dort sollte ein Flughafen gebaut werden.



um den Mönch zu verhaften. Es war beklemmend, das zu lesen. Denn es gab an diesem Tag sehr viel Polizeigewalt, die aber nicht in dieser Videosequenz zu sehen ist, weil der Schlamm die Polizisten buchstäblich am Vorankommen hinderte. Wenn es den Schlamm nicht gegeben hätte und ich einen Polizisten geschubst hätte, wäre die Konsequenz für mich wahrscheinlich viel tragischer gewesen.

Wie hast du die Situation um Lützerath herum am 14. Januar 2023 erlebt? Was war überraschend möglich aus deiner Sicht, was hätte von der Menschenmenge erreicht werden können?

Ich war überrascht wie viele Menschen an der Demonstration teilnahmen. Allein die Zufahrt nach Keyenberg, dem Ort, an dem die Demonstration begann, war unmöglich. Busse, Fahrgemeinschaften, Tausende von Menschen wimmelten durcheinander. Vor dem Start der Demonstration bewegten sich Menschenströme direkt auf den Rand des Tagebaus zu, mit überforderten Polizisten, die sagten, man solle wieder hinuntergehen. Es war ein Gefühl von Ermächtigung und Freude. Ich hatte wirklich das Gefühl, dass wir das Dorf Lützerath erreichen würden, um die Räumung durch die Polizei zu verhindern. 35.000 Menschen, die Voraussetzungen für einen Sieg sind da. Zweimal gelang es der Demonstration die Polizeilinien zu durchbrechen. Ich bin überzeugt, dass wir auch beim letzten Mal durchgekommen wären.

Wie sollte aus deiner Sicht in Situationen wie im Kampf um Lützerath mit der Polizeirepression umgegangen werden?

Ich fand es sehr mutig, wie sich die Menschen im Block an den Armen festhielten, während die Polizei auf sie zu stürmte, nicht zurückwichen und die Schläge einsteckten. Aber es war schrecklich danach die Verletzten, das Blut und die evakuierten Menschen zu sehen. Ich habe drei Mal geweint, weil die Gewalt so ungewohnt war. Ich habe nur Schlammspritzer und zwei Feuerwerkskörper gesehen, aber nichts Heftigeres. Wie konnte es 70 Verletzte auf Seiten der Polizei geben? Können wir Einzelheiten über die Verletzungen erfahren? Vielleicht hat die deutsche Polizei wirklich ein Problem mit Schlamm. Ich denke, dass es sich vor allem um einen Kommunikationstrick handelt, um die Polizeigewalt, die stattgefunden hat, zu legitimieren. In Frankreich gibt es seltener einen direkten Kontakt mit der Polizei, denn sie hat sehr gefährliche Waffen wie Blendgranaten oder Gummigeschosse. Die Konfrontation findet oft aus der Entfernung zwischen der Polizei und der Demonstration statt. Aber die Verletzungen sind schrecklich, oft mit Verstümmelungen oder Menschen, die ihr Leben verlieren (Remi Fraisse, Zineb Redouane und viele Andere). Als ich in Lützerath sah, wie die Polizei mit aller Kraft mit ihren Schlagstöcken auf alle einschlug, war das eine Gewalt, die ich in Frankreich nie gesehen habe. In Lützerath wurden nach Angaben von Aktivist_innen zahlreiche Personen am Kopf verletzt und einige mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Um ein aktuelles Beispiel einer Demonstration mit gewalttätigen Auseinandersetzungen auf dem Land in Frankreich zu nennen, die gegen die Megabassins gerichtet war: Auf 7500 Demonstranten, 1700 Polizisten und sieben Hubschrauber kamen fünf Personen im Krankenhaus. Und wir sind in Frankreich, nicht in Deutschland.

Bei der Lützerath-Demonstration hatte ich vor, einfach während der Demonstration zu filmen, um zu versuchen, die Polizeigewalt abzuschrecken. Aber als ich die Verletzten während einer weiteren Polizeiaktion sah, beschloss ich spontan etwas zu tun, um weitere Verletzte zu vermeiden. Ich stellte einem Polizisten, der wie ein Verrückter schreiend durch die Gegend rannte ein Bein; seine Augen waren finster und voller Angst. Er stand sofort wieder auf, aber später als seine Kollegen, sodass er nicht zuschlagen konnte. Um eure Frage zu beantworten: Ich denke, dass die Repression durch mehr Fußtritte während der polizeilichen Angriffe verhindert werden sollte und vielleicht sollte man versuchen die Schlagstöcke zu ergreifen. Oder im letzten Moment ein Seil in Fußhöhe spannen, vielleicht auch eine Tiernetzschleuder. Die Polizeigewalt muss so weit wie möglich verhindert werden. Vielleicht ist es praktikabel, wenn man wie in Frankreich verstärkte Transparente hätte, die Schläge abfedern können und meiner Meinung nach bei der deutschen Polizeitaktik besonders wirksam wären.

Es ist verboten den Kopf zu verletzen. Das steht in den Gewaltanwendungsvorschriften für die deutsche und französische Polizei. Dieses Gesetz soll die Demonstrant_innen vor Missbrauch schützen. Die Tatsache, dass die Polizei sich nicht daran hält, auf den Kopf einschlägt und nicht vor Gericht gestellt wird, ist sehr problematisch. Das sollte uns aufhorchen lassen. Dieses institutionelle Versagen sollte uns dazu veranlassen, die Verteidigung gegen Polizeigewalt selbst in die Hand zu nehmen. Vor einigen Jahrzehnten war es bei Demonstrationen normal einen Helm zu tragen, um seinen Kopf zu schützen. Wir sollten an dieses Erbe anknüpfen. Ein Helm ist keine Waffe, sondern ein lebenswichtiger Schutz. Es ist kein Skandal mit einem Helm zu kommen und es ist auch keine Provokation, weil die Polizei an dieser Stelle nicht zuschlagen sollte. Ein Skandal ist es im Krankenhaus zu landen, weil uns ein Schlagstock auf den Kopf geschlagen hat.



Wo liegen aus deiner Sicht in der deutschen Klimagerechtigkeitsbewegung die Schwachstellen, was könnte Sie beispielsweise von der ZAD in Frankreich lernen?

Wichtig ist der Glaube. Man muss daran glauben, dass es möglich ist zu gewinnen und das Polizeiaufgebot, das kommt, um einen Ort zu räumen, in die Flucht zu schlagen.

Die Philosophie des Aktivismus in Deutschland glaubt meist nicht daran, dass dies möglich ist. Man sagt sich, dass man einfach Zeit gewinnen will oder einen symbolischen Akt vollziehen kann. Die Dimension der strategischen Effektivität bei der Konfrontation mit der Polizei ist nicht besonders verankert in den Köpfen der Menschen. Ich habe das im Dannenröder Wald bemerkt, aber auch in Lützerath.

Während der Räumung des Dannis, die einen Monat dauerte, zogen die Polizisten wieder ab und nur ein Dutzend blieben nachts vor Ort. Ein einfacher Maschendrahtzaun schützte die Rodungsmaschinen auf der einen Spur der Autobahn. Es ist klar, dass in Frankreich mitten in der Nacht 400 Personen gekommen wären, um dieses Logistikcamp zu räumen und die Maschinen zu zerstören. Das wäre durchaus vorstellbar gewesen, wenn man bedenkt, wie viele Menschen sich während der Räumung im Camp und in den Baumhäusern aufhielten. Aber die Idee ist nicht in den Köpfen der Menschen. Und ich erinnere mich an Diskussionen, in denen die meisten Aktivist_innen von Anfang an der Meinung waren, dass man den Bau der Autobahn nicht verhindern, sondern nur Zeit gewinnen könne. Mit einer defätistischen Denkweise kann man nicht gewinnen.

Ich will nicht sagen, dass es nichts gebracht hat. Es gab tolle Begegnungen und Konvergenzen der Kämpfe. Es war ein starker und unglaublicher Moment zu sehen, wie Aktivist_innen weiterhin auf Bäume kletterten, während die Polizei die Seile durchtrennte. Ich denke, dass auch in Frankreich mehr Strukturen in die Höhe gebaut werden sollten und man versuchen sollte, der Polizei zu entkommen, um Zeit zu gewinnen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass vieles von der geeinten Entschlossenheit und dem Kräfteverhältnis abhängt. Das war es, was 2012 die Räumung der ZAD verhinderte, als die Polizeikräfte nach einem Monat abgezogen wurden.

Ich glaube, es stecken Potentiale in Deutschland, sich bei der Durchführung von Klimademonstrationen daran anzunähern, die materielle Sabotage von Maschinen als Ziel zu definieren. Dabei sollte man so weit wie möglich versuchen, menschliche Konfrontationen zu vermeiden. Dies ist eine Form, die sowohl Pazifist_innen als auch diejenigen, die entschlossen sind, auf einer gemeinsamen Basis zu handeln, in der Ethik der radikalen Aktion vereinen könnte.


126



POLIZEI

POLIZEI


POLIZEI







Die Zeit rennt und wir bleiben stehen*

* AnnenMayKantereit auf der Demo bei Lützerath 14.01.2023

Der 14.01.23 rund um Lützerath war subjektiv gesprochen schön. Trotz Schlamm, Regen und einem militärisch hochgerüsteten Polizeiapparat konnten ein paar alte Rechnungen mit den Cops beglichen und das Vertrauen in die eigenen GenossInnen und GefährtInnen, mit denen man unterwegs war, weiter gefestigt werden. Angesichts des militärischen Szenarios und dem ausgegebenen Ziel „Auf nach Lützerath (oder zumindest an den Zaun)" war es allerdings Ausdruck der allgemeinen Schwäche linksradikaler und bewegungslinker Aktionsfähigkeit (Hier verweisen wir gerne auf die anderen Texte in der Broschüre).

Die Zeit rennt und wir sollten stehen bleiben, innehalten, um nachzudenken. Der vorherrschenden Deutung in der Linken, dass der Widerstand in und um Lützerath ein starkes Zeichen gegen den fossilen Kapitalismus gewesen sei und ein weiterer Schritt gemacht wäre, die Grünen als Pseudoklimapartei oder Greenwashingpartei zu entlarven, möchten wir vehement widersprechen und damit eine zentrale Herausforderung für Linksradikale in der Konfrontation mit den Grünen deutlich machen.

Haben wir wirklich was erkämpft?

Ziehen wir einmal unvollständig aber nüchtern und kurz Resümee: Der jahrelange Protest der Klimagerechtigkeitsbewegung konnte faktisch den Kohleausstieg im rheinländischen Revier für 2030 und bundesweit für 2038 erkämpfen. Auf Grund des Drucks der Bewegung wurde statt Keyenberg, Kuckum, Unterwestrich, Oberwestrich und Berverath, „nur" Lützerath abgerissen. Darüber hinaus sind die Grünen an die Regierung gekommen und sind sichtbarster Teil der Ampelkoalition. Nicht zu vergessen die vielen regionalen und lokalen Maßnahmen, die in irgendeiner Form dem Klima helfen sollen (seien es Subvention von Lastenfahrrädern, 49 Euro Ticket, etc. pp): Angesichts der Klimakatastrophe ist also nur ein Haufen Scheiße herausgekommen. Zu meinen, man müsse weiter daran arbeiten die Klimabewegung gesellschaftlich zu verbreitern, um mehr Druck auf die Grünen auszuüben, damit sie das Notwendige angesichts der Klimakatastrophe tun, ist eine fatale Fehleinschätzung ihrer Rolle und basiert im Irrglauben an repräsentative Politik und an eine sozialdemokratische Gramsciinterpretation, die Hegemoniepolitik ohne Revolution denkt.

Unserer Meinung nach sind die Grüne Partei und das (links)-grün-liberale Milieu im Gegenteil die Träger und Avantgarde eines kapitalistischen Transformationsprojekts, das es schaffen könnte, eine neue Phase der kapitalistischen Akkumulationsphase einzuleiten und den Kapitalismus in seiner Krisenhaftigkeit vorerst zu stabilisieren. Das heißt, sie könnten es schaffen, den Kapital(re)produktions-Zyklus wieder zu dynamisieren, damit die Profitraten in der „Realwirtschaft" wieder steigen. Dabei geht es nicht um die nächsten fünf Jahre, sondern um historische Perspektiven.

Sie investieren in die Zukunft, aber in welche und wessen?

Aktuell ist dieses Projekt noch umkämpft. Dies lässt sich gut an den Auseinandersetzungen innerhalb der Ampel-Koalition, aber auch auf EU-Ebene beobachten. Diese Zerrissenheit lässt sich nicht nur in Bezug auf fossil vs. grün, sondern auch in Bezug auf die geopolitische Orientierung sehen, in der um eine transatlantische Orientierung unter dem Hegemon USA und einer eurasischen Orientierung in einer multipolaren Weltordnung gestritten wird.

Trotz der offenen Situation gehen wir die Wette ein, im Wissen um die einzigartige Integrations- und Erneuerungskraft des Kapitalismus, dass sich die Grüne Fraktion auf Dauer durchsetzen wird.



Denn die Grünen und z.b. auch RWE sind längst dabei, in die Zukunft zu investieren. Ob es Lithiumabbau in Chile ist, Wasserstoff aus Norwegen und Frankreich oder die EU-IPCEI: Die Grünen holen die letzten Reserven aus dem fossilen Kapitalismus heraus und bereiten einen grünen Kapitalismus vor. Dabei geht es bei fossil vs. grün nicht darum, ob die Zukunft extraktivistisch ist oder nicht, umweltschädlich oder nicht, sondern um ein historisch spezifisches Akkumulationsparadigma, in dem sich die zentrale Verwertung und der Antrieb unseres Systems verschieben. Auch der grüne Kapitalismus wird fossil sein, er wird aber insofern grün sein, als er darüber hinaus neue Ausbeutungsfelder (und Orte) und Akkumulationsmöglichkeiten entwickeln wird.



Foto: exil

Ein zerstörischer Glaube

Dieser sich noch im Aushandlungsprozess befindende Versuch einer historischen Transformation des Kapitalismus ist dabei nicht angetrieben durch ein irgendwie geartetes unzureichendes Klimagewissen der Grünen, sondern durch die Notwendigkeit eines Systems, das auf allen Ebenen in tiefen Krisen steckt. Die Grünen treibt der Glaube an, ein nachhaltigkeitsorientiertes Naturverständnis mit der Akkumulationsdynamik des Kapitals vereinbaren zu können. Dieser Glaube hat das zerstörerische Potential, eine globale Dystopie real werden zu lassen. Machen wir uns also nichts vor: Das Problem ist nicht, dass der fossile Kapitalismus die Menschheit untergehen, aussterben lässt, sondern dass wir in einer Welt unser Überleben fristen werden, in der das gute Leben für Alle objektiv nicht mehr möglich ist.

68er Erbschleicher

Die Grünen sind für dieses Projekt als 68er Erbschleicher besonders prädestiniert und fähig: Sie haben aus „Nie wieder" gelernt und können genau deswegen in diesem Namen wieder munter Menschenrechtsimperialismus betreiben. Aus dem Imperativ der Revolution ist der Wille zu knallharter Realpolitik gegen alle Widerstände geworden. Die Befreiung der Subjekte überführen sie in Biopolitik, die die Menschen erzieht, um den Anforderungen der kapitalistischen Krisen gerecht zu werden: Covid-Pandemie, Preiserhöhungen und letztendlich Klimakrise.

Die zukünftige Regierungsform wird eine grüne Kriegswirtschaft sein. Kriegswirtschaft nach Innen im Sinne eines sich normalisierenden Ausnahmezustands, in dem durch Technokratie, Notwendigkeitsargumente und Moral die notwendigen Maßnahmen und Investitionen in Gang gebracht werden. Nach Außen könnte er sich durch selektiven Protektionismus und aggressive Außenpolitik im Kampf um Technologien und Ressourcenzugriff auszeichnen.

Insofern sehen wir die große Herausforderung, dass sich die Klimabewegung ein Gesamtbild der Grünen Partei als parteipolitischer Verdichtung dieses Projekts machen muss, wenn sie nicht ungewollt deren sogenannte sozial-ökologische Transformation mit vorantreiben will. Das würde z.B. bedeuten, eine klare antimilitaristische und Antikriegs-Position einzunehmen. Für die Kämpfe um Lützerath würde das auch bedeuten, sie anders zu interpretieren und deutlich zu machen: Dort wurde nur gegen den fossilen (!) Kapitalismus gekämpft, nicht aber gegen das grüne, sozial-ökologische Transformationsprojekt in einen neuen Kapitalismus.

Jede Revolte ist eine Niederlage, nur die Revolution ist ein erster Sieg. Allein diese Einsicht rettet uns als Linksradikale vor falschen Hoffnungen, Schönrednerei, Integration und der Routine in Strategie und Taktik. Die Zeit rennt und wir bleiben stehen.

Die Gorgonen







Broschüre bestellen?

Die Broschüre soll die Ereignisse um Lützerath festhalten, einordnen und verbreiten.
Wir freuen uns über Bestellungen oder Spenden, dafür einfach eine Mail an folgende Adresse:

exil@systemausfall.org (Schlüssel auf https://exil.noblogs.org)

Alles Weitere und die Zahlungsmodalitäten nach der Bestellung.

Preis: 3€